

Globalisierung 2000 (I): Abschied von der ›einen Welt‹

Die neue Machtverteilung auf dem vernetzten Erdball

GÜNTER JOETZE

Es gibt eine Globalisierung der Globalisierungsdiskussion. Thomas L. Friedman¹, der Chefkolumnist der ›New York Times‹, geht so weit, in der Globalisierung das Synonym für das neue internationale ›System‹ zu sehen, das das vorherige – das bipolare der Konfrontationszeit – ablöst. Das klingt versöhnlicher, zukunftsgläubiger als der »Kampf der Kulturen«, als Samuel P. Huntingtons »clash of civilizations«. Diesen Charme verliert die Globalisierung freilich, wenn man annimmt, daß sie zu einer neuen Teilung der Welt führt. Damit wäre die globalisierte Welt eine Teilwelt und eben wieder eine der Kulturen, die einer anderen gegenübersteht, nur daß – anders als bei Huntington – das Internet, nicht die Religion oder andere Traditionen, Ursache der Fraktionierung wäre.

Begann die Globalisierung mit der Erfindung des Schiffssegels oder mit der Website? Wenn sie einen alten, kontinuierlichen, allenfalls kürzlich etwas intensivierten Prozeß darstellt, wer könnte ihn kontrollieren wollen? Welcher verantwortliche Regierungschef wollte ihre ›Realitäten‹ mißachten? Oder ist die Globalisierung nach einem hübschen, auf einer der vielen ihr gewidmeten Tagungen² aufgelesenen Ausdruck, ein »sinnleerer Bedeutungsträger« (empty signifier), der sich je nach taktischem Bedarf auffüllen läßt?

I

Vielleicht gibt es ja mehrere Globalisierungsprozesse. Für eine Analyse der internationalen Sicherheitsarchitektur³ kommt es auf einen Begriff an, der auf das politisch Signifikante und historisch Neue abstellt.

Gesellschaftliche Prozesse vollziehen sich in und durch Kommunikation. Die internationale Kommunikation hat durch die elektronischen Technologien ihre räumlichen und zeitlichen Grenzen abgestreift. Ihr Netze stehen jedem offen, wenn er die technischen Zugangsvoraussetzungen hat. Nur flächendeckende Armut kann die elektronische Kommunikation begrenzen; autokratische Kontrollversuche wie die (derzeit noch in China übliche) Beschränkung der ›Provider‹ wird die Datenflut im Cyberspace früher oder später wegschwemmen. Die neuen Mitspieler sind Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die keiner zählt, keiner kontrolliert, die aber neue, Grenzen ignorierende Koalitionen bilden. Diese Bündnisse können Verträge erzwingen – wie im Fall der Landminen –, andere vereiteln – wie im Fall des Investitionsschutzabkommens (Mutual Agreement on Investments, MAI) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – und ganze Konferenzen platzen lassen, wie kürzlich die Ministertagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle. Die neuen Technologien bewegen unvorstellbare Kapitalmengen in Echtzeit, zum allergrößten Teil als Termingeschäfte. Nur noch ein Hundertstel des internationalen Kapitaltransfers dient der Abwicklung von Waren- und Dienstleistungen. Die Annahmen, die diesen Termingeschäften zugrundeliegen, verbreiten sich so weit und so schnell wie die elektronischen Transfers selbst und werden damit zu sich selbst erfüllenden Vorhersagen. So wurde das britische Pfund aus dem europäischen Währungsverbund gedrängt und mit dem Kurssturz der indonesischen Rupie eine Staatskrise ausgelöst.

Politisch relevant ist somit die Entstehung neuer transnationaler Vernetzungen. Geschichtlich neu ist die ungeheure Masse der Informa-

tionen und ihre Übertragung ohne Raum- und Zeitschranken. Mißlich ist, daß der Begriff ›Globalisierung‹ nicht auf alle so entstehenden Netzwerke paßt, denn sie beschränken sich zunächst auf einzelne Bereiche (sind also sektoral) und nur auf Teile der Erde (sind also nicht wirklich ›global‹). Konkrete Beispiele lassen sich anführen.

So erfassen die internationalen Finanzströme so gut wie alle Währungen der Welt. Aber was ist da vernetzt? Sicher die Wechselkursrelationen und die Märkte, die sie bestimmen. Aber Akteure auf diesen Märkten sind große Institutionen (IMF, Weltbank), die Banken, Fondsverwaltungen, Brokerhäuser an den internationalen Börsenplätzen, die Zentralbanken einiger starker Währungen. Der Rest der Welt kann das Marktgeschehen mit seinen ungeheuren Umsätzen kaum beeinflussen, einer Spekulation gegen die eigene Währung kaum entgegenwirken. Zu beobachten sind also gleichzeitig Vernetzungs- und Abkoppelungseffekte⁴. Die ›Globalisierung‹ vereinheitlicht den Markt, spaltet aber gleichzeitig seine Teilnehmer in Akteure und Marginalisierte. Die immensen Summen frei verfügbaren Kapitals erzwingen Fusionen und Umstrukturierungen großer Unternehmen. Diese verlieren dabei immer mehr ihre Beziehung zu ihrem traditionellen Standort. Betriebsstätten, die früher Loyalität und Identität bestimmten (Hoechst!) werden durch ausländische Standorte (selbst gegründete oder zugekaufte) ergänzt, oft in ihrer Bedeutung relativiert. Im Dienstleistungssektor, der bekanntlich immer mehr zunimmt, hat die Betriebsstätte ohnehin geringeres Gewicht.

Der Handel zwischen den großen Partnern (EU, Nordamerika, Ost- und Südostasien) wächst ständig; der (wertmäßige) Anteil der meisten Entwicklungsländer schwächt sich kontinuierlich ab. Auch aus diesem Grund ist in über 80 Entwicklungsländern das Pro-Kopf-Einkom-

Autoren dieser Ausgabe

Dr. habil. Hans Günter Brauch, geb. 1947, Privatdozent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, ist seit 1976 wissenschaftlich und publizistisch in der Abrüstungsforschung tätig.

Thalif Deen, M.A., geb. 1938, Journalist aus Sri Lanka, leitet das Büro der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur ›Inter Press Service‹ (IPS) bei den Vereinten Nationen in New York.

Dr. Dietmar Herz, geb. 1958, von 1997 bis Anfang 2000 Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, wechselt zum Sommersemester 2000 an die Universität Erfurt.

Dr. Günter Joetze, geb. 1933, war von Herbst 1995 bis Herbst 1999 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Bonn. Zuvor Botschafter bei der OSZE und bei den Rüstungskontrollverhandlungen in Wien.

Daniel Seebach, geb. 1977, studiert Rechtswissenschaft an der Universität Bonn.

Julia Steets, M.Sc., geb. 1975, ist Lehrbeauftragte für akademische Simulationen an den Universitäten Bonn und Greifswald.

men heute geringer als vor zehn Jahren⁵. Fazit: der Warenaustausch mag globalisiert genannt werden, die schwachen Länder der Dritten Welt aber werden ausgebeutet. Sie sind auch hier marginalisiert.

Schließlich bekommen die neu entstehenden Partizipationsbewegungen durch das Internet eine weltweite Agitationsplattform. Aber nicht nur ihre neuen Mittel, auch ihre Themen hängen immer mehr mit der Globalisierung zusammen, etwa mit

- den sozialen Folgen der Deregulierung,
- der Ausbeutung der armen Länder des Südens, namentlich der Kinderarbeit,
- den verschärften Umweltproblemen und
- dem Verlust an Lebensqualität (symbolisiert an biogenetisch behandelten Lebensmitteln).

Zu diesen Themen wurden in Seattle demonstriert. Diese breite partizipatorische Mobilisierung ist aber auf die OECD-Welt begrenzt, ist auch eines der Produkte der Informatik-Revolution, wiederum mit dem Internet als Multiplikator und als Plattform⁶. Eine solche Mobilisierung hat auch die schon erwähnten Verhandlungen über das MAI im Rahmen der Industrieländer-Organisation OECD zu Fall gebracht. Sowohl bei dieser Gelegenheit als auch in Seattle wurde gegen die Ausbeutung der Dritten Welt protestiert, aber durch Menschen und Organisationen aus reichen Ländern. Auch hier drückte sich also eine Gegenbewegung der vernetzten Welt aus, nicht etwa der Widerstand der Betroffenen aus den armen Ländern, die sich einige der Reklamationen gar nicht zu eigen machen (zum Beispiel den Schutz des Regenwaldes).

II

Die einstige Zweite und Dritte Welt spaltet sich unter dem Druck der Globalisierung in folgende Gruppen auf:

- *große Flächenstaaten mit relativ tragfähigen staatlichen Strukturen und auf verschiedenen Stufen der nationalen Konsolidierung*

Hier ist die Nationwerdung teilweise weit fortgeschritten, trotz mitunter erheblicher Minderheitenprobleme (China, Indien, Türkei); es bestehen starke soziale Spannungen, die aber die eines breiten gesellschaftlichen Transformationsprozesses sind. Die Regierungsform ist meist partiell demokratisch. Die Strukturen sind zum Teil schon pluralistisch, jedenfalls scheinen sie elastisch genug, um nicht bei jeder Machtsukzession in Frage gestellt zu werden. Die Länder dieser Gruppe haben die Chance, in die OECD-Vernetzung hineinzuwachsen. Brasilien tut diesen Schritt vielleicht am ehesten.

- *die kleinen Schwellenländer*

Dies sind namentlich die verhandlungsreifen EU-Kandidaten und einzelne Länder des Verbandes Südasiatischer Staaten (ASEAN). Sie sind auf dem Weg in die Globalisierung.

- *Staaten der arabischen Welt mit wenig gefestigten Strukturen*

Hier finden sich meist einfache, herkömmliche Sozialstrukturen mit offenen oder noch verdeckten Spannungen; an der Spitze gibt es meist keine Nachfolgeautomatik. Bedrohungen der Ordnung erfolgen durch islamistische Gruppen, teils in den Flächenstaaten (Ägypten, Algerien), teils in den Monarchien (vor allem auf der Arabischen Halbinsel). Die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur bietet in den wenigsten Fällen die Chance, in die Vernetzung der OECD-Gruppe hineinzuwachsen.

- *bevölkerungsreiche Staaten mit gravierenden inneren Gegensätzen*

Dies sind große Länder wie Bangladesch, Indonesien, Nigeria und Pakistan, die ihre ethnischen Gegensätze nicht lösen können, was periodisch zu militärischen Machtübernahmen führt. Extreme soziale Gegensätze bestehen auf der Basis sozialer Stagnation, verschärft durch Ausbeutung der Rohstoffquellen durch korrupte Cliquen.

- *zufällig geschnittene Staaten mit Loyalitätswiderspruch zwischen Staatsgrenzen und Staatsbevölkerung*

Sie finden sich vor allem im postkolonialen Afrika und im postsowjetischen Raum; wenn zu den bestehenden Problemen ein Mangel an Ressourcen kommt, wird der Staatszweck verfehlt (failed states).

Die großen Schwellenländer der ersten Gruppe treiben ihre eigene kleinimperiale Nachbarschaftspolitik (Indien gegenüber Pakistan, Iran im kaspischen Raum, die Türkei namentlich gegenüber Syrien und Armenien). Die kleinen Schwellenländer könnten durch regionale Vernetzung ihre Strukturen auf die Globalisierung vorbereiten. Aber das Souveränitätsdenken verzögert solche Entwicklungen, et-

wa im Fall der ASEAN. Auch die Visegrad-Kooperation in Osteuropa versandete, sobald sich die Aussicht auf einen Beitritt zu EU und NATO auftrat.

Die postsowjetische Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in der noch EU-Kommissionspräsident Jacques Delors eine zweite Stabilitätssäule für Europa sah, fragmentiert sich: die Ukraine schaut nach Brüssel, die Rohstoffländer Aserbaidschan und Turkmenistan setzen ihre Hoffnung auf eine Diversifizierung ihrer Ausfuhrwege mit Hilfe der USA. Einer regionalen Kooperation nähern sie sich zögernd; nur Usbekistan verfolgt diesen Weg, aber unter eigenen hegemonialen Vorzeichen. Wer wollte den dortigen Eliten in Anbetracht ihrer speziellen Erfahrungen diese engen Perspektiven verdenken? Nur steht objektiv fest, daß der postsowjetische Raum im alten Umfang nicht kooperativ neu strukturiert werden kann. Er stellt sich dar als ein ›Zustand‹ mit verschiedenen Machtzentren auf dem Untergrund einer staatlich nicht lenkbaren Mobilität (vom Kofferhandel bis zum organisierten Verbrechen). Neue, begrenztere Vernetzungen lassen sich allenfalls von ferne ahnen (Schwarzmeer-Kooperation, Verkehrsverbände).

Fazit: Von den ›drei Welten‹, einem vor der historischen Wende durchaus einleuchtenden Grobraster, ist nur die Erste Welt als zusammenhängende Kategorie geblieben: als Großverband der OECD-Mitglieder. Vorbei sind die Zeiten, wo die großen Führergestalten der Blockfreien die Generalversammlungen der Vereinten Nationen dominierten. Heute kann der globalisierte Teil der Welt die Schwellenländer als ›Kandidaten‹ durch die Hoffnung auf Aufnahme disziplinieren. Gegenüber dem Rest der Welt kann er sich eine Haltung wohlwollender Vernachlässigung (benign neglect) leisten. Meßbar ist diese Entwicklung am ständigen Rückgang der staatlichen Entwicklungshilfe. Abgesichert wird sie durch die Macht der USA.

III

Die Informatikrevolution wird den Vereinigten Staaten ihre Stellung als einzig verbleibende Supermacht ins nächste Jahrhundert erhalten. Innerhalb des Netzwerkes der OECD-Länder bilden sie ein eigenes, besonders verdichtetes Netz, und gleichzeitig den einzigen voll souverän gebliebenen Nationalstaat; seine Regierung hat nach wie vor die volle Bestimmungsfreiheit über dessen innere und äußere Geschicke. Die Regierung in Washington nutzt internationale Organisationen als ihre Instrumente, statt Hoheitsrechte an sie abzutreten. Sie ist militärisch (mit Ausnahme natürlich der ›gegenseitig garantierten Vernichtung‹ im Verhältnis zu Rußland) unangreifbar, also von dritten Staaten durch Drohungen nicht beeinflussbar. Deregulierung und Informatikrevolution haben ihren tertiären Sektor verjüngt, die privaten Finanzinstitute ausgeweitet und gestärkt, der Wirtschaft insgesamt neue Märkte durch das Internet erschlossen. US-Unternehmen kontrollieren wichtige Teile der Informationstechnologie, zum Beispiel das weltweit am weitesten verbreitete Computer-Betriebssystem (Microsoft, das diese Stellung auch dann beibehalten würde, wenn es entflochten würde). Das Internet hat seine größte Dichte in den USA, wo seine Strukturen entstanden. Inhaltliche Beschränkungen gibt es nicht einmal für die Pornographie (›free speech‹ nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom Juni 1997). Aber damit ist eben auch ungebremses Wachstum für Produzenten und Verteiler in allen Sparten des Informationsmarktes sichergestellt – und damit auch die Dominanz amerikanischer Sichtweisen (eine ste Quelle von ›soft power‹⁷).

Die Berichterstattung des Nachrichtensenders CNN ist schnell und präzise, sie konzentriert sich auf Schlüsselereignisse, die gleichzeitig auf alle Fernsehschirme der Welt kommen. Das sind Meisterleistungen der Organisation, machbar nur durch die Mittel der Informatikrevolution. Damit beeinflusst eine amerikanische Sicht die Auffassung der Welteliten, übrigens ohne demokratische Kontrolle. Eines

der Risiken der NATO-Operation um das Kosovo im Frühjahr 1999 bestand darin, daß die Redaktionskonferenz des Senders in Atlanta beschließen könnte, die Berichterstattung über das Kosovo einzuschränken. Ein privates Gremium in Georgia bestimmt, welche Ereignisse wie lange wichtig genommen werden.

Die Informationsdominanz stützt auch die politische Vorherrschaft. Die Denkfabriken der Ostküste definieren die breiten Themen der internationalen politischen Diskussion. Die neuen Themen der Sicherheitspolitik kommen alle aus der amerikanischen Expertengemeinde (strategic community). Die amerikanischen Dienststellen sind die ersten, die neue strategische Probleme identifizieren und die ersten Antworten formulieren.

Amerikanische Kapitalfonds (namentlich die Pensionsfonds) dominieren den Aktien- und Anleihenmarkt. Ihre Anteile an europäischen Aktiengesellschaften verschaffen ihnen zunehmenden Einfluß auf deren Unternehmensentscheidungen. Ihr Grundprinzip des Aktionärsnutzens (shareholder value) ist geeignet, einen Grundsatz der deutschen Verfassung zu relativieren (Art. 14 Abs. 2 des Grundgesetzes: »Eigentum verpflichtet.«). Die frühere Konkretisierung dieses Verfassungsgebots, die soziale Marktwirtschaft, wird in einer Flut von Publikationen im Sinne von vorgeblichen Gesetzen der Globalisierung umgedeutet, die soziale Komponente wird zugunsten angenommener Markterfordernisse reduziert.

Die US-Unterhaltungsindustrie beeinflusst die Zivilisation des ganzen Globus. Die englische Sprache, schon vorher Weltsprache, wird durch das Internet endgültig globaler Zivilisationsträger.

Die militärische Dominanz der USA hat sich zuletzt im Krieg um das Kosovo gezeigt. Sie beruht auf Informationsdominanz, in Befehlsgebung und Ergebniskontrolle in Echtzeit, im Monopol für den strategischen Lufttransport (das ihr zusammen mit ihrem Stützpunktsystem militärische Präsenz in allen wichtigen Regionen sichert) und bei den militärischen Abstandswaffen, die eigene Verluste verringern. Dieses Arsenal schließt menschliche Irrtümer und damit »Kollateralschäden« (Unwort des Jahres 1999) nicht aus, aber es gestattet doch Kriegführung mit Abstandswaffen unter dem Prinzip der Vermeidung eigener Verluste (no friendly casualties), das der mittlerweile sprichwörtliche CNN-Effekt erzwingt. In dieser Lage können die Vereinigten Staaten zwar nicht jeden gewünschten politischen Erfolg durch konventionelle Militäreinsätze erzwingen – siehe die Diskussion über einen Einsatz von Landstreitkräften im Kosovo und über die Frage, ob der Luftkrieg für sich allein Milošević zum Einlenken zwang. Aber mit dieser Einschränkung haben sie die Wahlfreiheit, ob und gegen wen sie militärische Mittel für politische Zielsetzungen einsetzen⁸.

Gegen klassische (offene, erklärte) Angriffskriege sind sie so gut wie unverwundbar geworden⁹. Um so wachsender sind sie gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, vor allem auch hinsichtlich der Reichweite und der Zielgenauigkeit von Trägerraketen, wo sie weit im Vorfeld aktiv werden, sowohl präventiv (counterproliferation), als auch defensiv (Plan einer »National Missile Defense«).

So ist die Dominanz der Vereinigten Staaten bis weit ins nächste Jahrhundert zivilisatorisch und militärisch abgesichert, wenn auch durch ein soziales Defizit erkauf¹⁰. Eine multipolare Weltordnung scheint gegenwärtig nicht in Sicht, nur multilaterale Partnerschaft unter US-Führung. Auch die EU kann nur in Welthandels- und Finanzfragen mit Mühe mithalten; in der regionalen Ordnungspolitik hat sie Chancen (Stabilitätspakt für den Balkan), in der Militärpolitik steht sie unter genauer Beobachtung aus Washington, obwohl ihre erheblichen Defizite dem Pentagon doch Gelassenheit nahelegen sollten. Nur durch Terrorismus und die sogenannte asymmetrische Kriegführung sind die USA gegenwärtig konkret verwundbar (die nukleare, extrem unwahrscheinlich gewordene Bedrohung immer ausgenommen). Deshalb spielt der Terrorismus im Sicherheitsdenken der USA auch eine so große Rolle.

IV

Es ist natürlich, daß eine Über-Macht in einer solchen Lage dazu neigt, die eigenen Interessen als objektives Gesetz aufzufassen, deshalb zu versuchen, sie einseitig durchzusetzen und sich dabei gelegentlich herrisch zu verhalten. In der Finanz- und Handelspolitik legen die Marktfunktionen dies besonders nahe, denn die Mehrzahl der »player« ist nun einmal US-amerikanisch. Diese denationalisieren sich auch nicht so leicht, sie amerikanisieren eher das gesamte Spielfeld. Diese Sachverhalte werden als »amerikanischer Unilateralismus« und als »Krise der Vereinten Nationen« weltweit diskutiert. In der Tat wirken sie sich auf das UN-System aus.

Grundgedanke der UN-Charta ist die »eine Welt«, ausgedrückt in ihrer Präambel als gleichberechtigte Mitwirkung aller Staaten an der internationalen Friedenssicherung. Als die Väter der Charta den Gebrauch militärischer Macht ächteten, hatten sie die beiden Weltkriege vor Augen, also offiziell erklärte, offen geführte Kriege zwischen den Armeen großer Mächte. Solche Waffengänge waren fürchterlich, aber selten. Mit diesem Kriegsbild vor Augen glaubte man, die Anwendung militärischer Macht disziplinieren zu können, sie nämlich nur ausnahmsweise zuzulassen, und zwar dann, wenn die ganze Staatengemeinschaft, repräsentiert durch den Sicherheitsrat, ihr zustimmte. Dabei nahm man realistisch in Kauf, daß einzelne Großmächte eben doch gleicher waren als der Rest. Das Vetorecht war zwar eine Abweichung vom Gleichheitsprinzip, schien aber eine Voraussetzung für das Funktionieren des Mechanismus der Disziplinierung militärischer Macht.

Wie jedermann weiß, funktionierte dieses System über lange Perioden nicht, weil sich einerseits die typische Anwendung militärischer Gewalt änderte: weg vom Clausewitzschen Krieg zu vielen kleinen, blutigen, meist innerstaatlichen Metzereien, derer auch eine perfekt zusammenarbeitende Staatengemeinschaft wegen der großen Zahl kaum Herr geworden wäre. Davon abgesehen, war das System des Sicherheitsrats nur zwischen 1990 und Ende 1995 einigermaßen arbeitsfähig, als eine »neue Weltordnung« in Sicht schien, in der die großen Fünf im Sicherheitsrat zusammenarbeiteten.

Vorher war das System wegen des Kalten Krieges ganz, heute ist es teilweise blockiert. Es besteht aber ein Unterschied: Der Westen suchte den Ausweg

- zwischen 1949 und 1990 innerhalb der Vereinten Nationen – so mit der Resolution »Gemeinsames Vorgehen für den Frieden« (Uniting for Peace) der Generalversammlung vom 3. November 1950 als Rechtsgrundlage der Aufstellung einer unter UN-Flagge operierenden Eingreiftruppe gegen die nordkoreanische Invasion –,
- in der zweiten Phase aber ganz bewußt außerhalb der UN, indem die NATO am 13. Oktober 1998 den Aktivierungsbeschluß zu Luftschlägen gegen Serbien faßte, der in sich selbst die Grundlage der Aktion »Allied Force« bildete, die nicht im UN-Rahmen operierte.

Während der Ost-West-Konfrontation hätte der Westen ein solches Vorgehen nicht nur wegen des militärischen Kräftegleichgewichts, sondern auch deswegen nicht wagen können, weil er auf die Blockfreien angewiesen war, die die Vereinten Nationen als ihr politisches Podium nutzten. In der Gegenwart muß der Westen auf die politisch abgekoppelte Dritte Welt keine Rücksicht mehr nehmen. Er kann sich auf die NATO als Instrument verlassen, die er voll kontrolliert und die deshalb auch als »die einzig handlungsfähige internationale Organisation« bezeichnet wird. Die vielgehörte Aussage, der Westen (oder »die internationale Gemeinschaft«) könne doch nicht auf eine humanitäre Intervention verzichten, »bloß weil« China und Rußland im Sicherheitsrat dies durch ihr Veto verhindern würden, befürwortet eine selektive Ordnungspolitik. Sie negiert den Grundgedanken der UN-Charta, vielleicht zu Recht: vielleicht hat ihn die

- 1 Dueling Globalizations. A Debate between Thomas L. Friedman and Ignacio Ramonet, in: Foreign Policy, Fall 1999, S. 110ff. (111).
- 2 Internationales Expertenkolloquium ›Globalisierung als Aufgabe‹ der Evangelischen Akademie Loccum v. 10.-12.12.1999. – Der zitierte Begriff ist Professor Georg Sørensen von der Universität Aarhus zu verdanken.
- 3 Vgl. auch Günter Joetze, Politische Grenzen der Globalisierung, in: Internationale Politik, Heft 6/1999, S. 53ff. Die dort versuchte, hier weiter ausgebaut Abgrenzung berührt sich mit den grundlegenden Arbeiten von Marianne Beisheim et al., Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden 1999.
- 4 Vgl. auch Hans-Olaf Henkel, Globalisierung der Wirtschaft: eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Liberale Bedingungen für Welthandel und Auslandsinvestitionen als Ziel für das 21. Jahrhundert, VN 5-6/1995 S. 193ff., und Detlef Hensche, Armut, Vertreibung, Umweltzerstörung anderswo – was geht uns das an? Von der Notwendigkeit solidarischen Ausgleichs in einer kleiner werdenden Welt, VN 5-6/1995 S. 196ff.
- 5 Allerdings geben in einigen krisengeschüttelten Ländern die amtlichen Zahlen die tatsächliche Ausfuhr nicht immer wieder: Diamanten und Öl werden etwa in Angola, im Kongo oder in Westafrika von Kriegsherren, die als Führer von Bürgerkriegsparteien firmieren, an multinationale Unternehmen weiterverkauft.
- 6 Friedman (Anm. 1) über Jody Williams, die Hauptakteurin in der Internationalen Kampagne gegen Landminen und Friedensnobelpreisträgerin 1997: »What did she say was her secret weapon for organizing 1000 different human rights and arms control groups on six continents?« E-mail.
- 7 Vgl. dazu Robert O. Keohane und Joseph S. Nye Jr., Power and Interdependence in the Information Age, in: Foreign Affairs 1998, S. 81ff.(86f.).
- 8 Vgl. Lawrence Freedman, The Revolution in Strategic Affairs, London (Adelphi Paper No. 318) 1998.
- 9 Freedman (Anm. 8), S.77: »...the assumption that, for the moment at least, Western countries can choose their enemies and are not obliged to fight on anybody else's terms. Invitation to war need only be accepted on certain conditions.«
- 10 Diese Überlegungen widersprechen den Thesen Paul Kennedys und seiner Nachfolger – der ›declinists‹ – vom notwendigen Niedergang amerikanischer Macht. Sie haben den Zuwachs an Machtressourcen nicht in Rechnung gestellt, den die Informatikrevolution den Vereinigten Staaten brachte. Die Revolution des Militärwesens (›revolution in military affairs‹, vgl. Freedman, Anm. 8, und Joetze, Anm. 3) bedeutet nicht nur die Anwendung der Informatikrevolution auf das Militär. Sie ist andererseits durch sie erst finanzierbar, denn erst seit dem wirtschaftlichen Aufschwung durch die neuen Techniken ist (wie derzeit) der US-Kongreß in der Lage, dem Pentagon die nötigen Haushaltsmittel reichlich zur Verfügung zu stellen – ohne die in Europa unumgänglichen Verteilungskämpfe. Von den ›declinists‹ sind diejenigen zu unterscheiden, die einen neuen amerikanischen Isolationismus oder jedenfalls eine Abwendung der USA von Europa befürchten, letzteres vor allen wegen der Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung (vgl. statt vieler Werner Weidenfeld, Kulturbruch mit Amerika, Gütersloh 1996, S. 58ff.). Es kann sein, daß sich die inneren Bindungen der US-Amerikaner an Europa lockern. Aber sie werden durch etwas weit festeres ersetzt: gemeinsame Interessen, durch die Globalisierung eben. Zum ersten Mal sind die USA und die modernen europäischen Demokratien in den verschiedenen, hier aufgezählten Sektoren der Globalisierung eng vernetzt. Die Stärke der Vereinigten Staaten beruht (!) auf dieser Vernetzung. Das bedeutet eine neue Interessenverflechtung der USA mit Europa, die die militärische in der NATO ergänzt. Die NATO wird in Zukunft Ausdruck dieser Verflechtung sein, zusammen mit IMF, WTO und G-7.
- 11 Financial Times v. 24.9.1998, S. 20: »Rather as nervous investors feel comfortable in American and European markets, so the political instabilities in Asia, the Middle East and Russia are beginning to clarify the importance of core political and security relations between the US and Europe. The result is a ›fortress Atlantic‹ mentality with important squabble taking place within the castle walls.«
- 12 So etwa Thomas L. Friedman, Why the Protest Circus in Seattle is ridiculous, International Herald Tribune (IHT) v. 2.12.1999, S. 8, oder der unnachahmliche Ausdruck William Safires, ebendort, S. 9, von den »Global Warmniks«, die dort ihr Wesen trieben. Andererseits Steven Pearlstein, IHT v. 4./5.12.1999 mit folgenden nachdenklich stimmenden Zitaten: »Scott Miller, the Procter & Gamble Co. Lobbyist who is heading up the business coalition here, said: ›The economy is moving so fast now that it strains our political and social systems and creates anxieties that people feel that they have lost control. We know we have to address that now.‹ Calman Cohen, president of the business-oriented Emergency Committee for American Trade, put it bluntly: ›The business community has failed miserably so far in connecting the benefits of trade with the daily lives of ordinary people. What went on here should be a wake-up call.«
- 13 Vgl. z.B. Jürgen Hoffmann, Ambivalenzen des Globalisierungsprozesses. Chancen und Risiken der Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹, Nr. B 29/99 v. 4.6.1999, S.3ff, dort namentlich die in Fußnote 4 zitierte Literatur.
- 14 David Held, Jenseits des Dritten Weges, in: Die Zeit Nr. 3/2000 v. 13.1.1999.
- 15 Ausdruck (und Anspruch) bei Friedhelm Hengsbach, ›Globalisierung‹ aus wirtschaftsethischer Sicht, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹, Nr. B 21/97 v. 16.5.1997, S.3ff.
- 16 Vgl. für diese These Wolfgang Zank, Das Jahrhundert der Konvergenz. Der Kapitalismus ist weltweit nur deshalb so erfolgreich, weil er sich vom Sozialstaat zähnen ließ, in: Die Zeit Nr. 1/2000 v. 29.12.1999.
- 17 Vgl. z.B. Thorsten Benner und Wolfgang H. Reinicke, Politik im globalen Netz, in: Internationale Politik, Heft 8/1999, S. 25ff.
- 18 Benner/Reinicke (Anm. 17), S. 31.
- 19 So seitens der Bundesakademie für Sicherheitspolitik im letzten Jahr mit ihren Seminaren über ›Außen- und sicherheitspolitische Aspekte der Globalisierung‹, über die ›Revolution in Military Affairs‹ und zu den sicherheitspolitischen Implikationen der Fragestellung ›Welternährung vs. Ressourcenverknappung‹. Sie fanden jeweils mit Teilnehmern aus den verschiedensten Interessengruppen, Ländern und Fachrichtungen statt (siehe die Homepage der Akademie im Internet unter der Kennung ›http://www.baks.com‹).

Geschichte ja obsolet gemacht. Aber die Beweislast liegt bei dem, der solche Thesen vertritt.

Es ist heute allerdings wieder unwahrscheinlich geworden, daß sich diese Tendenz zur Doktrin verfestigt. Im Strategiedokument des NATO-Gipfels von Washington von Ende April 1999 ist sie in einer verwinkelten Passage nur angedeutet. Im Gegensatz zum Beginn des Kosovo-Krieges wurde sein Ende durch eine Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sanktioniert. Die Interimsverwaltung in Osttimor steht wieder unter UN-Kommando auf Grund eines Mandats des Sicherheitsrats. Es ist also eher wahrscheinlich, daß sich dieser Trend durchsetzen wird. Grund wäre freilich nicht die Rücksichtnahme auf die Interessen der Dritten Welt, sondern die im Kosovo-Krieg gemachte Erfahrung, daß militärischer Zwang die diplomatische Begleitung durch ständige Konsultationen braucht, für denen für europäische Krisen die Mitwirkung Rußlands, für den asiatisch-pazifischen Raum diejenige Chinas unerlässlich ist. Damit wäre der Sicherheitsrat erneut interessant. Wahrscheinlich würde die G-7 für politische Konsultationen und fürs Krisenmanagement erweitert: nach Rußland (G-8) noch um China (G-9). Dann hätte man ein informelles Steuerungsorgan der mächtigsten Industriedemokratien und der zwei übrigen Nuklear- und Vetomächte komplett. Es könnte die Resolutionen des Sicherheitsrats vorformulieren, wie es im letzten Jahr auf dem Petersberg geschah (die Resolution 1244 des Rates folgt zum Teil wörtlich dem Schlußkommuniqué des dortigen Treffens der Außenminister der G-8 vom 6. Mai 1999). Diese und ähnliche Konsultationsmechanismen können sowohl zur Transmission amerikanischer Macht als auch zu ihrer multipolaren Einhegung führen. Wahrscheinlich mischt sich beides. Den USA werden Führungspartner (partners in leadership) in der globalisierten Welt entstehen. Aber diese dürften Juniorpartner bleiben, solange sie nicht in den Schlüsselgebieten aufholen: Finanzwesen, Informationstechnik, Revolution des Militärwesens. Für den abgekoppelten Teil der Welt wird es wohl bei der kühlen Diagnose des britischen Analytikers Gerald Segal bleiben, dieser könne getrost abgehakt werden (›The West shrugs off the Rest«¹¹).

V

Bewegung könnte durch transnationale partizipatorische Bewegungen kommen. Man kann die Proteste anlässlich der WTO-Ministertagung in Seattle als Unfug abtun oder doch auch ahnen, daß hier eine große Debatte beginnt¹²: über Ungleichheit zu Hause, Ungleichheit zwischen globalisierter und abgekoppelter Welt, Raubbau an den Ressourcen, Zerstörung der Lebenswelt.

Der wissenschaftliche und publizistische Diskurs über diese Themen hat längst begonnen¹³. Der Deutsche Bundestag hat am 15. Dezember 1999 eine Enquêtekommission eingesetzt. Diese Kommission unter dem Vorsitz des Abgeordneten Ernst Ulrich von Weizsäcker soll die Prozesse der Globalisierung unter den Gesichtspunkten der Fairness und der Transparenz untersuchen. Die parlamentarische Debatte kam rasch zum zentralen Punkt: »Ich glaube nicht, daß die Politik die Herrin des Verfahrens ist«, formulierte ein Abgeordneter; die Gegenposition lautete, daß »die Art und Weise, wie wir zusammenleben, von Menschen organisiert ist und daher auch von Menschen verändert werden kann«. Der britische Demokratietheoretiker David Held sieht den Ursprung dieser »neuesten Version vom Ende der Politik«¹⁴ in Francis Fukuyamas Thesen vom »Ende der Geschichte«, die diejenigen bestätigt, die »den Markt und den Minimalstaat zur einzig legitimen und lebensfähigen Zukunft erklärten«. Eine These mit taktischen Vorzügen, denn wer die Machbarkeit der »Bändigung« der neuen Entwicklungen¹⁵ leugnet, muß sich mit ihrer Wünschbarkeit nicht auseinandersetzen.

Die neuen sozialen und ökologischen Reformaufgaben werden freilich von einzelnen Nationalstaaten nicht zu leisten sein. Eine solche Argumentation¹⁶ orientiert sich an den Prozessen des ›moder-

nen« Sozialstaats und vernachlässigt damit die soziale Kräfteverhältnisse der »postmodernen« globalisierten Gesellschaften. Seattle hat uns vorgewarnt: Die Globalisierung setzt nicht nur Marktkräfte frei, sondern auch Kräfte der Partizipation und Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, die sich derselben Mittel der Vernetzung und Koalitionsbildung ohne Zeit- und Raumgrenzen bedienen können wie die wirtschaftlichen »global players«. Sie haben in Seattle einen begrenzten Demonstrations- und Verhinderungserfolg erzielt. Sie werden den Weg zum Erzwingungserfolg diskutieren und dazulernen.

Wird daraus eine neue »68-er« Bewegung? Wenn, dann unter den Bedingungen einer neuen Periode: stabsmäßig vorbereitet von den großen NGOs (vielleicht auch später den Gewerkschaften, wenn ihre Frustration weiter steigt); durch die Kommunikationstechnik ohne Grenzen und Zeitschranken organisierbar und mobilisierbar und mit neuen Agitationsformen. Wie sähe ein Sit-in im Internet aus? Wie, wenn die offiziellen Kommunikationsnetze ständig von Protestmaterial überflutet würden?

Berkeley im Internet – die Möglichkeiten solcher Bewegungen sind schwer abzuschätzen. Die Institutionen werden überdauern – wie 1968. Aber der »lange Marsch« durch die Institutionen müßte keine dreißig Jahre währen. Denkbar ist, daß die etablierten Mächte einzelne Elemente der Protestbewegung in ihre Konsultations- und Regelmechanismen aufnehmen und damit die Forderungen auf Teilhabe kanalisieren. Dies wäre das von dem Weltbank-Mitarbeiter Wolfgang H. Reinicke unermüdlich empfohlene globale Politiknetzwerk¹⁷. Diese Netzwerke müßten allerdings ihre Tauglichkeit zur Regelung wirklich globaler Fragen erst noch erweisen, wo eben doch

weit stärkere und unterschiedlichere Interessen auszugleichen wären als in Reinickes Paradebeispiel einer Kommission über Staudämme, die Regeln über deren Sozial- und Umweltverträglichkeit aufgestellt hat. Natürlich stellt sich auch das Problem der Repräsentativität der Kräfte, die ihre Teilhabe durchsetzen (wer wählt sie aus?), und das ihrer Legitimation (verraten sie die eigene Basis, wenn sie sich ins System kooptieren lassen?). All das ist 1968 und danach schon einmal dagewesen...

Auch die Erfahrungen mit globalen Politiknetzwerken zeigen die Schwierigkeiten der Einbindung des »Südens«. Es dürfen, so schreibt Reinicke¹⁸,

»globale Politiknetzwerke, die ihren Namen verdienen, nicht auf die OECD-Welt beschränkt bleiben. Es gilt, auch durch materielle und ideelle Unterstützung gezielt relevante Akteure aus dem Süden einzubinden...«

In der Tat, darauf käme es an, sonst macht das globalisierte Weltbild wieder ein In-Sich-Geschäft, nur mit zusätzlichen Teilnehmern aus der Protestbewegung.

Die Globalisierung kann nach allem nicht ausschließlich als wirtschaftliches Phänomen analysiert werden. In der deutschen Diskussion stehen allerdings die wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekte im Vordergrund, die Erörterung der weltpolitischen Kräfteveränderungen bleibt bisher eine Domäne angelsächsischer und französischer Autoren. Nötig wäre ein internationaler und vor allem interdisziplinärer Diskurs, nicht die hierzulande vorherrschende Fachtagung, wo sich die jeweiligen Denkschulen gegenseitig in ihren Überzeugungen bestärken. Versuche in dieser Richtung wurden bereits unternommen¹⁹. Sie sollten globalisiert werden.

Einige der Voraussetzungen dafür, wie sich die Staaten unter Bedingungen der Globalisierung behaupten können, hat Bundesaußenminister Joseph (»Joschka«) Fischer auf der 54. Ordentlichen Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen benannt: »auch ein dauerhafter wirtschaftlicher Erfolg wird in der globalisierten Informationsgesellschaft von morgen ohne gute Staatsführung, beruhend auf den Menschenrechten, der Gewaltenteilung und einem funktionierenden Rechts- und Verfassungsgefüge, nicht zu haben sein«. Die Rede Fischers in der New Yorker Generaldebatte am 22. September 1999 war seine erste vor dem Plenum der Generalversammlung (Text: VN 5/1999 S.169f.).

